



VOLKSABSTIMMUNG
Die Schweiz entscheidet über Burka-Verbot
Politik, Seite 5



KONSTANZ
SAMSTAG, 6. MÄRZ 2021
NR. 54 | 77. JAHR | K
PREIS 2,70 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

B 33-Umleitung führt zu langen Fahrten

Wegen Bauarbeiten in der Mainaustraße/B 33 ist die direkte Strecke zwischen der Konstanzner Innenstadt und dem Fähranleger in Staad sowie nach Litzelstetten bis voraussichtlich 12. März gesperrt. Die offizielle Umleitung führt zu deutlich längeren Fahrzeiten. Doch viele ortskundige Autofahrer kürzen über Quartierstraßen ab. Dagegen sollen Verbotsschilder, Tempo-Messungen und Kontrollen helfen, wie die Stadtverwaltung mitteilt. (maj)

RADOLFZELL

Stadt rodet Gehölz ohne Genehmigung

Die Stadt Radolfzell hat auf Höhe der Kläranlage eine Schneise durch das Gehölz geschlagen, ohne eine Genehmigung des Landratsamts Konstanz einzuholen. Ein Teilstück ist ein Biotope, das andere Teilstück Richtung Ufer des Markelfinger Winkels gehört zum Schutzgebiet Natura 2000. Wie das Landratsamt mitteilt, habe es für die Rodung keine Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung und der Unteren Naturschutzbehörde gegeben. (bec)

SINGEN

Neues Gutachten zur Gäubahn

Die Gäubahn wird vielleicht nicht am Hauptbahnhof Singen halten. Ein aktuelles Gutachten der Schweizer Beratungsgesellschaft SMA hat ergeben, dass man auf der Strecke zwischen Stuttgart und Zürich einen Fahrzeitgewinn von 20 Minuten schaffen könnte. Aber nur, wenn die Züge am Haltepunkt Singen-Landesgartenschau halten und dann direkt über die neu zu bauende Singener Kurve weiter in Richtung Schaffhausen fahren. (eph/kst)

STOCKACH

Tierklinik in der Stadt geplant

In Stockach soll eine Tierklinik eröffnet werden. Dafür setzt sich Jayden Stefan Grey ein, der bereits beruflich als Steuerfachangestellter an Firmengründungen beteiligt war und für eine bessere medizinische Versorgung in der Region sorgen will. Erst kürzlich wurde dafür eine GmbH gegründet. Die Klinik soll über ein Reha- und ein Strahlentherapie-Zentrum verfügen. Der genaue Standort ist noch nicht bekannt. Die Planungen und Vorbereitungen laufen. (lam)

BODENSEE-WETTER

8° Höchstwert heute Nachmittag
-3° Tiefstwert in der Nacht zu morgen

www.suedkurier.de/wetter Seite 10
Bilder: dpa, Brigitte Maria Mayer
Preis: 2,70 Euro | 3,50 sFr.
6 2 1 0 9

Die Umfrage

der baden-württembergischen Tageszeitungen

Angaben in Prozent

QUELLE: IFD ALLENSBACH / BILDER: DPA / SÜDKURIER-GRAFIK: STELLER



So denkt das Land über seine Spitzenpolitiker



BaWü-Check, Teil 5: Die Mehrheit der Bürger im Südwesten sieht die Bilanz der grün-schwarzen Landesregierung kritisch, so eine Umfrage der Tageszeitungen. Auch die Spitzenpolitiker werden unterschiedlich bewertet



Der BaWü-Check



Die Tageszeitungen in Baden-Württemberg wollen es genau wissen: Was denken die Bürger über die Arbeit der Landesregierung und die Lage im Land? Zusammen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach werden einmal im Monat 1000 Menschen befragt. Die Ergebnisse werden in 78 Zeitungstiteln des Landes mit täglich fast fünf Millionen Lesern veröffentlicht. (sk)

Stuttgart/Konstanz (uba) Eine Woche vor der Landtagswahl fällt das Urteil der Bürger über die Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung gemischt aus. Das Corona-Krisenmanagement von Grünen und CDU findet bei der Mehrheit zwar noch Anerkennung, doch die Zustimmung sinkt. Noch kritischer ist das Urteil über die Gesamtbilanz: Nur 32 Prozent der Bürger bewerten die Arbeit der Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren als erfolgreich. Das ergab eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, durchgeführt durch das Institut für Demoskopie (Ifd) Allensbach.

Noch differenzierter wird das Bild bei der Frage, von welchen Spitzenpolitikern in Baden-Württemberg die Bürger eine gute Meinung haben. Hier erhielt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) mit Abstand das

beste Zeugnis: 72 Prozent haben von ihm eine gute Meinung, nur 28 Prozent sehen ihn kritisch. Von den übrigen Politikern kommt lediglich SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch auf eine Zustimmungsrate über 50 Prozent. Bei allen anderen Politikern überwiegen die kritischen Urteile; bei Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) nur knapp, bei allen anderen deutlich.

In einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen fällt unterdessen die CDU weiter zurück. Die Grünen kommen demnach auf 35 Prozent der Stimmen, die CDU nur noch auf 24 Prozent. Die AfD liegt unverändert bei elf Prozent, die SPD bei zehn Prozent, die FDP klettert auf zehn Prozent.

Seite 2: Kommentar von Stefan Lutz
Seite 2/3: Die Umfrage-Ergebnisse in Kurzerklärungen und Grafiken

Zusätzliche Dosen von Biontech

Stuttgart (sk) Baden-Württemberg erhält noch im März rund 52 000 zusätzliche Dosen des Impfstoffes von Biontech/Pfizer. Dieser solle vor allem genutzt werden, um die Warteliste schneller abzubauen. Das kündigte Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) in Stuttgart an. Er sagte weiter: „In den nächsten Tagen erwarten wir zudem die einmillionste Impfung in Baden-Württemberg.“ Bislang wurden in Baden-Württemberg (Stand: 4. März) laut Sozialministerium 912 712 Impfungen vorgenommen, darunter 300 247 Zweitimpfungen.

Baden-Württemberg, Seite 9: Welche Corona-Regeln im Land jetzt gelten

Etappensieg für die AfD

Berlin/Köln (dpa) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die AfD bis zum Abschluss eines Eilverfahrens vor dem Kölner Verwaltungsgericht nicht als rechtsextremistischen Verdachtsfall einordnen und beobachten. Das geht aus einem Beschluss des Gerichts vor. Das Verwaltungsgericht teilte zu der Entscheidung mit, dass es einem Antrag der AfD stattgegeben habe. Zu Begründung erklärte das Gericht, es werde „in unverletzbarer Weise“ in die Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen.

Kommentar: „Fragwürdig“
Politik, Seite 4: Wie das Verwaltungsgericht die Entscheidung begründet

Entschädigung für Akw-Betreiber

Berlin (epd) Die Bundesregierung hat sich im jahrelangen Streit mit Energiekonzernen über Entschädigungen für den Ausstieg aus der Atomkraft geeinigt. Wie das Bundesumweltministerium mitteilte, wird Deutschland den Unternehmen einen Ausgleich in Höhe von zusammen gut 2,4 Milliarden Euro zahlen. Nach Aussage der Bundesregierung hätte es auch viel teurer kommen können. Sie ist deshalb zufrieden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hält die ausgehandelte Summe dagegen für zu hoch.

Kommentar: „Teures Versagen“
Wirtschaft, Seite 7: Wie sich die Entschädigung auf die einzelnen Konzerne verteilt

KOMMENTARE

AFD-URTEIL

Schlecht gelaufen

VON DIETER LÖFFLER

Was für eine Blamage. Der Verfassungsschutz darf die AfD vorerst nicht als Verdachtsfall einstufen, ein Gericht legt die Pläne auf Eis – ein unerwartetes Wahlkampfgeschenk für die Partei kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Der Jubel von rechts ist zwar vorzeitig, weil die Richter aus formalen Gründen entschieden haben und eine Beobachtung durch den Geheimdienst keinesfalls vom Tisch ist. Trotzdem hätte es besser laufen können.

In der Tat muss man kein AfD-Anhänger sein, um das Vorgehen des Verfassungsschutzes fragwürdig zu finden. Die Bedenken gibt das Gericht der Behörde jetzt schriftlich: Zwischen den Zeilen ihrer Urteilsbegründung zweifeln die Juristen an, ob bei dieser Entscheidung nach den Fairness-Geboten des Rechtsstaats vorgegangen wurde. Auf Deutsch: Der Verfassungsschutz soll die Verfassung schützen, nicht bestimmte Parteien und schon gar nicht die Regierenden. Politik zu machen, gehört nicht zu seinen Aufgaben. Gut so.

ATOMAUSSTIEG

Teures Versagen

VON WALTHER ROSENBERGER

Rund 2,4 Milliarden Euro zahlt der Bund den deutschen Atomstromern und räumt damit alle Klagen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg ab. Ein Schnäppchen-Preis sei das, heißt es sinngemäß aus Regierungskreisen. Vordergründig stimmt das sogar. Allein die Forderung, die Vattenfall vor einem Schiedsgericht gegen den Bund erwirken wollte, war gut doppelt so hoch. Die RWE, Eon und EnBW zustehenden Gelder kämen noch obendrauf. Das Schnäppchen-Argument verkennt aber den Kern der Sache. Die Milliardenforderungen der Stromkonzerne gehen auf die chaotische Energiepolitik der schwarz-gelben Koalition um das Jahr 2010 zurück. Damals wurde der längst beschlossene Atomausstieg zurückgedreht, nur um ihn kurz darauf – unter dem Eindruck von Fukushima – erheblich zu verschärfen. Für dadurch entstandene Verluste verlangten die Konzerne zu Recht Entschädigung. Die jetzige Milliardenzahlung ist das Resultat von Politik-Versagen. Und das kann nie ein Schnäppchen sein.

ANZEIGE

RS RECK
ROLLLÄDEN-SONNENSCHUTZTECHNIK
mit verstellbarer Sonnenschutzlampe

Unsere Produkte: Rollläden, Markisen, Sonnenschutz, Insektenschutz u.v.m.

Josef-Schüttler-Straße 6
78224 Singen
Telefon 07731/18 97 99-0
info@reck-sonnenschutz.de
www.reck-sonnenschutz.de